

Steuerreform kommt – trotz Gegenwind

Firmen und natürliche Personen sollen massiv weniger Steuern zahlen. Das passt vielen nicht – dafür einer entscheidenden Allianz.

Lukas Nussbaumer

Die Luzerner Regierung will die Steuern für Unternehmen, wenig verdienende Personen und Familien senken. Wer nun denkt, finanzielle Entlastungen für derart breite Kreise müssten weitherum Beifall auslösen, irrt sich. Den Firmen und ihren Lobbyisten gehen die Senkungen nämlich viel zu wenig weit, und der Verband der Luzerner Gemeinden (VLG) läuft Sturm gegen die Pläne der Regierung, weil die Ausfälle für die Kommunen nicht tragbar seien. Dazu hagelt es Kritik von links-grün: Laut SP und Grünen profitieren von der Reform vorab grosse Konzerne und reiche Privatpersonen statt die breite Bevölkerung.

Das von der Regierung nach der Vernehmlassung angepasste Paket ist also hochumstritten. Und es sorgt ab 2025 für jährliche Steuerausfälle im dreistelligen Millionenbereich. Beim Kanton fehlen ab dann etwas über 60 Millionen Franken, bei den Gemeinden vorerst leicht mehr als 50 Millionen, ab 2028 rund 75 Millionen. Firmen und natürliche Personen werden im gleichen Umfang entlastet.

Gemeinden werden an OECD-Steuer beteiligt

Bei den Firmen sind die Kernpunkte eine Senkung der Kapitalsteuer, die in zwei Schritten statt wie ursprünglich geplant in einem gesenkt werden soll, und die Einführung einer Patentbox. Diese Massnahmen sollen Luzern trotz der heuer eingeführten OECD-Mindeststeuer von 15 Prozent als Standort attraktiv halten. Betroffen von dieser Steuer sind etwa 220 Firmen, was zu jährlichen Mehreinnahmen von geschätzt 55 Millionen Franken führt.

Diese Zusatzerträge wollte der Kanton zuerst für sich alleine verbuchen. Nach massiver Kritik vom VLG beteiligte die Regierung die Gemeinden mit 23,5 Millionen – und erntete erneut Widerstand. Nun beantragt die kantonsrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) für die Gemeinden eine ab 2025 geltende und bis 2029 befristete Erhöhung um 3,1 Millionen. Auf den als Option vorgesehenen Abzug für Forschung und Entwicklung für Firmen verzichtet die Regierung.

Bei den natürlichen Personen setzt die Regierung den Hebel zum einen bei den tiefen Einkommen an. Für sie ist ein Sozialabzug geplant. Zum andern sollen der Kinderabzug und jener für die Drittbetreuung von Kindern steigen. Ebenfalls Verbesserungen plant die Exekutive bei der Besteuerung von Kapitaleinstellungen aus Versicherung und Vorsorge.

Gemeinden mit Regierung «sehr unzufrieden»

Wer die unterschiedlichen Positionen live miterleben will, sollte sich den 29. Januar vormerken. Dann behandelt der Kantonsrat die Steuergesetzesrevision zum ersten Mal. Die zweite Beratung folgt Mitte März.



Die Luzerner Steuerzahlenden sollen dank einer Gesetzesrevision ab 2025 Geld sparen können.

Symbolbild: Philipp Schmidli

Nachgefragt

Reto Wyss weist Kritik deutlich zurück

Sibylle Boos, Präsidentin des Verbands der Luzerner Gemeinden, ist mit der Finanzpolitik des Kantons «sehr unzufrieden» und bezeichnet die Ertragsausfälle bei den Gemeinden durch die Revision des Steuergesetzes als «nicht tragbar». Das ist starker Tobak.

Reto Wyss: Wir haben die Gemeinden frühzeitig involviert und ihre Anliegen in der Vernehmlassung berücksichtigt. Darum überraschen mich die Aussagen der Verbandspräsidentin sehr, zumal die Gemeinden bei weiteren Finanzgeschäften paritätisch in deren Überarbeitung eingebunden sind.

In einer Umfrage lehnen 62 von 72 mitmachenden Gemeinden die Revision des Steuergesetzes ab. Das muss Sie beunruhigen.

Die Ablehnung ist unerfreulich, aber da es der grossen Mehrheit der Gemeinden gut geht, bin ich im Hinblick auf die Volksabstimmung zuversichtlich. 57 der 80 Kommunen haben in den letzten vier Jahren schwarze Zahlen geschrieben, 2022 konnten alle Gemeinden zusammen erstmals ein Nettovermögen ausweisen.

Lautest Kritikerin der Reform sind der Gemeindeverband und seine Präsidentin Sibylle Boos. Die FDP-Kantonsrätin und Gemeindepräsidentin von Malters holte im VLG-Organ «Gazette» kurz vor Weihnachten zum grossen Rundumschlag gegen die Regierung aus.

Die Ausfälle sind also verkaufbar. Ich finde es bemerkenswert, wenn die Verbandspräsidentin angesichts dieser Fakten unzufrieden ist mit der Finanzpolitik des Kantons.

Sibylle Boos weist auf steigende Ausgaben und bevorstehende Investitionen hin, welche Ausfälle im prognostizierten Ausmass nicht zulassen würden.

Auch der Kanton wird für Gesundheit und Bildung mehr ausgeben müssen. Eine Steuergesetzesrevision ist immer eine Investition in die Zukunft – und sie macht sich bezahlt, wie sich bei der Halbierung der Firmengewinnsteuern gezeigt hat. Ausserdem erhalten die Gemeinden schon 2025 ihren Anteil aus der OECD-Mindestbesteuerung, obwohl unklar ist, wann die Mehrerträge fliessen.

Harsche Kritik kommt auch von Wirtschaftsvertretern. Sie verlangen etwa eine sofortige und nicht etapierete Senkung der Kapitalsteuern und sagen, die Firmen seien die Verlierer der Revision – auf Kosten der Gemeinden.

Laut Boos sind die Gemeinden und ihr Verband mit der Finanzpolitik des Kantons «sehr unzufrieden», die Steuerausfälle würden bei den Kommunen «zu grossem Unmut und zu einer unglaublichen Unsicherheit führen», ja, sie könnten «nicht akzeptiert» werden. Schliesslich

«Die Ausfälle sind für die Gemeinden verkaufbar.»



Reto Wyss
Luzerner Finanzdirektor

Das ist ein verzerrtes Bild. Sowohl Unternehmen als auch natürliche Personen haben eine umsichtige Besteuerung verdient. Diesem Auftrag des Kantonsrats, der auch zum Umfang der Revision klare Erwartungen definiert hat, kommen wir mit der vorliegenden Revision nach. Und bei den natürlichen Personen ist die Steuerbelastung im

würden 74 der 80 Gemeinden eine Nettoverschuldung von mehr als 1200 Franken pro Einwohnerin und Einwohner aufweisen. In einer Verbands-umfrage lehnen 62 der 72 mitmachenden Gemeinden die Steuergesetzesrevision ab. Auf Nachfrage bekräftigt Boos ihre

Zentralschweizer Vergleich nun einmal am höchsten, weshalb wir dort ebenfalls angesetzt haben.

Allerdings zu wenig konsequent, sagen Wirtschafts-führer – und fordern deutlich tiefere Vermögenssteuern für Privatpersonen.

Die Vernehmlassung hat gezeigt, dass wir das Fuder nicht überladen sollten. Gerade bei der Entwicklung der Vermögen zeigt sich für Luzern ein erfreuliches Bild: Die Zunahme liegt über dem Durchschnitt der Zentralschweizer Kantone und auch über dem Landesmittel.

Trotz seit Monaten anhaltender Kritik haben Sie mehrmals betont, Sie seien im Hinblick auf die Volksabstimmung zuversichtlich. Warum?

Weil es sich um ein ausgewogenes Paket handelt und weil ich daran glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger die Notwendigkeit und Verknüpfung der Steuersenkungen nachvollziehen können. Mit einem Ja zur Gesetzesrevision bleibt die Steuerbelastung moderat – und die Dienstleistungen sind weiterhin gut. (nus)

Kritik und sagt, selbst mit der von der WAK erhöhten Beteiligung an den OECD-Mehreinnahmen liessen sich in vielen Gemeinden Steuererhöhungen nicht verhindern. «Die Gemeinden sehen sich in den kommenden Jahren mit einem grossen Ausgabenwachstum konfrontiert, insbesondere in den Bereichen Bildung und Soziales. Dazu kommen hohe Investitionen, etwa in Schulhäuser.»

«Bedauerlich» sei, dass die Aufgaben- und Finanzreform sowie die Anpassung des Finanzausgleichs nicht gleichzeitig mit der Steuergesetzesrevision behandelt würden. «Diese Geschäfte bringen das Finanzierungsgleichgewicht zwischen Kanton und Gemeinden aus dem Lot, denn der Kanton entlastet sich in allen drei Vorlagen zulasten der Gemeinden.»

«Die gute finanzielle Lage von Kanton und Gemeinden hätte eine mutigere Reform zugelassen.»

Gemeinden profitieren vor dem Kanton

Ganz anderer Art ist die Kritik aus Wirtschaftskreisen. Peter With, Präsident des KMU- und Gewerbeverbands (KGL), sowie Bruno Käch als Gesamtleiter der rund 170 Mitarbeiter zählenden Gewerbe Treuhand AG verlangen drei Anpassungen: Verzicht auf die Etappierung bei der Herabsetzung der Kapitalsteuer, Einführung eines Forschungs- und Entwicklungsabzugs, tiefere Vermögenssteuern. With findet in einem kürzlich auf der Website des KGL veröffentlichten Interviews denn auch: «Die gute finanzielle Lage von Kanton und Gemeinden hätte eine mutigere Reform zugelassen.»

Bruno Käch teilt diese Einschätzung: «Die Reform kommt zaghaft, mutlos und ohne Weitblick daher.» Der Steuerexperte und Jurist kritisiert zudem den ab 2025 geltenden Gemeindeanteil an den OECD-Mehreinnahmen. «Das ist eine Art Schattenfinanzausgleich. Zudem fliessen die Zusatzeinnahmen frühestens 2027. Es werden also Gelder an Gemeinden umverteilt, die das gar nicht nötig haben.»

Dass Firmen und natürliche Personen entlastet werden, begrüsst der langjährige frühere Präsident der Zentralschweizer Vereinigung diplomierter Steuerexperten hingegen ausdrücklich. Der Steuerwettbewerb verlagere sich seit einiger Zeit hin zu den natürlichen Personen, was Zug als erster Kanton erkannt und die Vermögenssteuer ab diesem Jahr um 15 Prozent gesenkt sowie die Freibeträge verdoppelt habe. «Luzern ist bei der Vermögenssteuer in der Zentralschweiz nun Schlusslicht. Doch Massnahmen, um Vermögende anzusiedeln oder Wegzugswillige zu halten, erachtet man nicht für notwendig.»

Trotz der geballten Kritik von Gemeinden, Wirtschaftsvertretern und links-grün glaubt Käch nicht an substanzielle Anpassungen durch den Kantonsrat. «Die Sache ist nach dem Schulterchluss von Mitte, SVP und FDP vor den Beratungen in der WAK gegessen.» Und es spricht leise Enttäuschung mit, wenn der Steuerexperte sagt, er hätte «von den bürgerlichen Parteien schon etwas mehr Unterstützung für die Unternehmen erwartet.»

Finanzdirektor Reto Wyss glaubt ebenfalls, die Vorlage sei mehrheitsfähig – auch im September vor dem Volk (siehe Box «Nachgefragt»).